



Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

Kommission für Wirtschaft und Abgaben
des Nationalrates
Herr Nationalrat Christoph Darbellay
Präsident
3003 Bern

Zug, 24. September 2013 hs

13.435 Parlamentarische Initiative, indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!»; Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. August 2013 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, bis am 30. September 2013 zum indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!» Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen bestens und stellen folgenden

Antrag:

Der indirekte Gegenentwurf zur Volksinitiative «Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!» sei abzulehnen.

Begründung:

Sowohl für die Initiative, als auch für das Vorgehen des Bundesrates (Ablehnung ohne Gegenvorschlag), wie auch den Antrag der Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben für einen direkten Gegenvorschlag gibt es aus fiskalpolitischer, volkswirtschaftlicher, branchenspezifischer bzw. gesellschaftspolitischer Sicht gute Pro- und Kontra-Argumente.

Der indirekte Gegenentwurf beseitigt aus unserer Sicht die Wettbewerbsverzerrungen nicht vollends und löst überdies keine Abgrenzungsprobleme, sondern führt zu neuen Abgrenzungsproblemen. Die Einführung des Kriteriums des warmen Nahrungsmittels ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Abgrenzungsprobleme könnten nur mit einem von uns begrüßten Einheitsatz vermieden werden (wobei die Höhe so anzusetzen wäre, dass keine wesentlichen Steuerausfälle resultieren).

Seite 2/2

Weitere Bemerkungen haben wir nicht anzubringen. Wir bedanken uns für die gebührende Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Beat Villiger
Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Kopie an:

- claude.grosjean@estv.admin.ch (PDF- und Word-Version)
- Finanzdirektion
- Volkswirtschaftsdirektion